



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

90. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
a) Hinweis zu Abstimmungen	7
b) Persönliche Erklärung des Ausschussvorsitzenden	7
1 Vorhaben und politische Schwerpunkte in den Bereichen „Arbeit und Soziales“ bis Ende der 16. Wahlperiode	8
– Herr Minister Rainer Schmeltzer MdL	

Den Ausführungen von Minister Schmeltzer (MAIS) schließt sich eine Aussprache an.

- 2 Bericht der Landesregierung zum „Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen – BGG NRW)“** 26

Stellungnahme der Landesregierung zum Bericht der Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3597

Frau Veldhues berichtet. Es folgt eine Aussprache.

- 3 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik** 30

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 16/10378

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt dem federführenden Hauptausschuss die Annahme des Antrags.

- 4 Kurzstudie zu den Auswirkungen des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) auf die Träger der Sozialhilfe** 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3526

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 5 Bericht über die Inanspruchnahme der Tafeln durch Flüchtlinge** 32

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3596

Minister Schmelzer beantwortet eine Frage des Abgeordneten Preuß.

**6 Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung
sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes 33**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9518

Ausschussprotokoll 16/1031

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf in der Fassung des zuvor angenommenen Änderungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten ab.

**7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des
Transplantationsgesetzes 35**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/10247

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten empfiehlt der Ausschuss dem Plenum, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

**8 Bericht an den Landtag über die Evaluierung des Gesetzes über
Kurorte im Land Nordrhein-Westfalen (KOG NRW) 36**Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3566

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9 Mammographie für alle Altersschichten: Prävention stärken, Altersdiskriminierung verhindern 37

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8460

Ausschussprotokoll 16/1032

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Plenum, den geänderten Änderungsantrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

10 Sachstand gemeinsame Pflegeausbildung und Auswirkungen der Gesetzesreform auf NRW 38

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3617

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

11 Bericht über die „Verordnung über den Betrieb von Drogenkonsumräumen“ 40

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3600

– Kurze Diskussion 40

12 Bericht über die Einrichtung Medizinischer Zentren für Erwachsene mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen 41

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3614

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

13 Bericht über den aktuellen Stand bei der Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen 42

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3613

– Kurze Diskussion 43

14 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW) 44Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Der mitberatende AGS-Ausschuss will sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Innenausschusses beteiligen.

15 Verschiedenes 45

* * *

6 Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes¹Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9518

Ausschussprotokoll 16/1031

Vorsitzender Günter Garbrecht: Diesen Gesetzentwurf haben wir hinreichend bearbeitet, ausgewertet. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ist in der letzten Sitzung des Ausschusses im vorigen Jahr übermittelt worden. Heute gibt es einen gemeinsamen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und der FDP, der auch zur Abstimmung steht – es sei denn, es gibt noch Diskussionsbedarf aus der Mitte des Ausschusses. – Frau Birkhahn.

Astrid Birkhahn (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Es gibt noch Nachfragebedarf. Ich finde in dem Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP einen Bezug zum SGB V mit dem notwendigen regionalen Ansatz. Mich würde interessieren, an welchen Standorten dieses Register geplant ist und ob diese Standorte eine unterschiedliche Bedeutung haben.

Vorsitzender Günter Garbrecht: Frau Ministerin.

Ministerin Barbara Steffens (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter): Es sind nicht mehrere Standorte geplant, sondern es ist ein Standort geplant. Alles andere würde zu einem hohen Bürokratieaufwand führen. Aber in diesem einen soll es dezentral zuständige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geben – Stichwort: 4.0. Dezentralität heißt nicht, dass man Standorte vor Ort haben muss. Es ist ein Standort mit dezentraler Zuständigkeit.

Vorsitzender Günter Garbrecht: Okay? – Frau Birkhahn, noch mal, bitte schön.

Astrid Birkhahn (CDU): Ich bitte um Nachsicht: Das bedeutet dann, dass der Standort Münster aufzugeben ist?

Ministerin Barbara Steffens (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter): Nicht aufzugeben, sondern das Vorhaben ist, komplett auf einen einzigen Standort zu gehen, nämlich nach Bochum zum Landeszentrum Gesundheit. Da soll der Standort sein. Weitere Standorte im Sinne von räumlichen Standorten wird es nicht geben.

¹ Unter dem TOP „Verschiedenes“ beantragt die Fraktion der Piraten die Erstellung eines Wortprotokolls für TOP 6.

Es war schon die ursprüngliche Planung, dass der Gesundheitscampus genau mit solchen Dingen wachsen und inhaltlich ausgefüllt werden soll. Der Campus ist ja nicht neu. Er ist damals von Rüttgers gemeinsam mit Laumann initiiert worden.

Vorsitzender Günter Garbrecht: Okay. – Gibt es weiteren Diskussions- und Nachfragebedarf? – nein.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die vorgelegten Änderungsanträge.

Wir stimmen zunächst ab über den Änderungsantrag der Piraten. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Piraten. Wer ist dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich den gemeinsamen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und der FDP auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten und der Fraktion der CDU ist dieser Antrag angenommen.

Dann komme ich zur Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung des zuvor angenommenen Änderungsantrags. Wer dem Gesetzentwurf in seiner geänderten Form seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten ist das einmütig so beschlossen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf in der Fassung des zuvor angenommenen Änderungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

15 Verschiedenes

Marc Olejak (PIRATEN) beantragt namens seiner Fraktion die Erstellung eines Wortprotokolls für TOP 6 – Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes.

gez. Günter Garbrecht
Vorsitzender

27.06.2016/29.06.2016

160

